

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Integrationsausschusses am Dienstag, dem 13.11.2018 im evangelischen Gemeindehaus Dülmen, Königswall 9, 48249 Dülmen

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Danielczyk, Ralf **ab 16:50 (zu TOP 4)**

Kleerbaum, Klaus-Viktor

Ausschussvorsitzender

Lütkecosmann, Josef

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

./.

FDP-Kreistagsfraktion

Zanirato, Enrico

UWG-Kreistagsfraktion

Lunemann, Heinz Jürgen

Beratende Mitglieder:

Schulze Pellengahr, Christian, Dr.

Landrat

Gochermann, Josef, Prof. Dr. **ab 16:30**

(zu TOP 2)

Vorsitzender Finanzausschuss

Wobbe, Ludger **ab 15:45 (zu TOP 1)**

Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Bleiker, Thomas

Dreier, Bodo

Hölscher, Anja

Schröer, Timo **Schriftführer**

Gäste

Schilken, Dörthe, Dr.

Klausdeinken, Elisabeth

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Viktor Kleebaum eröffnet die Sitzung des Integrationsausschusses mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreter der ökumenischen Flüchtlingsinitiative Dülmen (ÖFID) und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann folgende Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Vorstellung der ökumenischen Flüchtlingsinitiative Dülmen (ÖFID)
Vorlage: SV-9-1225
- 2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation zum Asyl,- Flüchtlings- und Integrationsgeschehen im Kreis Coesfeld und personelle Situation des Kommunalen Integrationszentrums
Vorlage: SV-9-1226
- 3 Entwurf Haushalt 2019 - 04.00.02
Vorlage: SV-9-1227
- 4 Beschluss Richtlinien Sprachmittlerpool
Vorlage: SV-9-1228
- 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es erfolgten keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates oder Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1225

Vorstellung der ökumenischen Flüchtlingsinitiative Dülmen (ÖFID)

Ausschussvorsitzender Kleebaum bedankt sich bei den Vertretern der ÖFID für die Bereitstellung ihrer Räumlichkeiten für die heutige Ausschusssitzung. Die ÖFID sei in mehrfacher Hinsicht Vorbild für viele Flüchtlingsinitiativen und andere ehrenamtlich engagierte Gruppen im Kreisgebiet.

Er erläutert den Vertretern der ÖFID und den Gästen kurz die Aufgaben des Integrationsausschusses und übergibt das Wort dann an Frau Dr. Schilken und Frau Klausdeinken, die in einem gemeinsamen Vortrag die Arbeit der ÖFID vorstellen.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt und kann über das Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

In dieser Niederschrift werden zusammengefasst einige Sachverhalte beschrieben, welche im Rahmen des Vortrages und des sich anschließenden Austauschs mit den Ausschussmitgliedern besondere Erwähnung fanden.

Probleme in der Berufsausbildung und im Berufskolleg

Frau Klausdeinken stellt fest, dass der theoretische Teil einer Berufsausbildung ein großes Problem für viele neuzugewanderte Menschen bedeute. Trotz guter praktischer Leistungen reiche das (Schrift-)Sprachniveau häufig nicht aus, um die hohen Anforderungen in der Berufsschule zu bewältigen. In vielen Fällen führe dies unausweichlich zum Abbruch der Ausbildung.

Die ÖFID plane aktuell, einen Pool von ehrenamtlichen Akteuren aufzubauen, welche Auszubildende in der Berufsschule in Form von Nachhilfe unterstützen könnten. Hierfür solle mit dem Senior Experten Service (SES) zusammengearbeitet werden. Von dieser Möglichkeit könnten Geflüchtete, aber ausdrücklich auch deutsche Jugendliche profitieren. Die Nachhilfe solle in einem „1:1 Tandem“ nach der Berufsschule erfolgen.

Ktabg. Zanirato weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es in Lüdinghausen eine Kooperation mit dem ZWAR-Netzwerk („Zwischen Arbeit und Ruhestand“) gebe. Dies sei ein weiterer möglicher Kooperationspartner für die Akquise von geeigneten Ehrenamtlichen. Frau Klausdeinken bedankt sich bei Herrn Zanirato für diesen Hinweis.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr fragt die Vertreterinnen der ÖFID, ob sie sich von Seiten des Kreises Coesfeld weitere Unterstützung wünschen würden.

Frau Klausdeinken bittet darum, an den Berufskollegs, welche sich in Kreisträgerschaft befinden, mehr Unterstützungsangebote für Schüler/innen, die im Unterricht nicht mitkommen, anzubieten. Spezielle Förderkurse seien erforderlich, nicht nur im Bereich Spracherwerb, sondern auch in Feldern wie Mathematik und Textverständnis. Außerdem wünsche Sie sich Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Ehrenamtlichen.

Frau Dr. Schilken ergänzt, dass viele Lehrkräfte an den Berufskollegs nicht im Umgang mit Menschen mit Sprachhindernissen geschult seien. Ein Schulungsangebot für Lehrkräfte sei erforderlich.

Die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung sichern ihre Unterstützung zu.

Ktabg. Zanirato weist darauf hin, dass es teilweise die Möglichkeit gebe, eine Ausbildung um ein Jahr zu verlängern.

Ktabg. Lütkecosmann führt dazu aus, dass dieses leider nur bei einem Nichtbestehen der Prüfung möglich sei. Eine Wiederholung müsse im ersten Ausbildungsjahr ermöglicht werden, um noch eine Wissensgrundlage für den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung schaffen zu können.

Frau Dr. Schilken ergänzt, dass teilweise die „Haltung“ der Kammern ein Problem darstelle. Aus Angst, die Ausbildung zu „verwässern“ dürften beispielsweise in Prüfungen keine Wörterbücher genutzt werden. Dies sei, auch in Anbetracht des wachsenden Fachkräftemangels, eine nicht haltbare Einstellung.

Herr Bleiker weist auf die Möglichkeit hin, ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) zur Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Frau Dr. Schilken berichtet, dass die abH in einigen Fällen bereits geholfen hätten. Teilweise bestehe aber leider kein Anspruch auf diese Unterstützung und besonders kleine Betriebe wüssten nichts von dieser Möglichkeit. Sie bittet den Kreis auch in diesem Punkt um Unterstützung, das Angebot noch bekannter zu machen.

Zusammenarbeit mit der Stadt Dülmen und dem Kreis Coesfeld

Ktabg. Lütkecosmann fragt die Vertreter der ÖFID nach der Zusammenarbeit mit der Stadt Dülmen.

Frau Dr. Schilken betont, dass die Kooperation mit den Mitarbeitern der Stadt Dülmen – Abteilung Integration – sehr gut funktioniere. Regelmäßig seien diese bei den Treffen der ÖFID anwesend und man bemühe sich, aufkommende Probleme gemeinsam zu lösen.

Auch im Bereich der Wohnungssuche sei die Stadt sehr engagiert. Auf Grund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt gebe es allerdings regelmäßig Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Neuzugewanderten in Wohnungen.

Auf Nachfrage des Landrates Dr. Schulze Pellengahr erläutert Frau Dr. Schilken, dass die Zusammenarbeit mit dem Kreis Coesfeld überwiegend gut funktioniere, insbesondere mit dem KI gäbe es eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit. .

In den meisten Fällen laufe auch die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde des Kreises Coesfeld (ABH) gut. Allerdings stoße das Vorgehen der ABH in einigen Einzelfällen auch auf Unverständnis. Die ÖFID wünsche sich teilweise mehr Erklärungen und eine offenere, hilfsbereitere Haltung gegenüber den ehrenamtlichen Helfern und auch den Geflüchteten gegenüber.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr äußert sein Bedauern gegenüber den Vertretern der ÖFID, wenn es in Einzelfällen zu dem geschilderten Eindruck gekommen sei. Er wies im Umkehrschluss aber auch darauf hin, dass die Arbeitsbelastung in der ABH noch immer sehr hoch sei und auch viel Zeit der Mitarbeiter darauf verwendet werden müsste, dass regelmäßige,

nicht zwingend erforderliche, persönliche und telefonische Sachstandsabfragen erfolgten. Die Antragssteller würden so schnell wie möglich von Amts wegen informiert, die ABH melde sich unaufgefordert bei Änderungen oder notwendigen Rücksprachen. Darüber hinaus wies der Landrat auf die „Tag- und Nachtdienste“ der ABH hin, die auch ursächlich dafür seien, dass nicht jeder Mitarbeiter immer (telefonisch oder persönlich) erreichbar sei.

Ktabg. Lütkecosmann erinnert daran, dass die Kommunikation mit der ABH z. T. auch dezentral über die Sozialämter der jeweiligen Stadt oder Gemeinde erfolgen könne. Dieses könne vielleicht noch ausgebaut werden.

Herr Reber (Diakonie – Schuldner- und Insolvenzberatung) äußert sich hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Kreis Coesfeld positiv über den Sprachmittlerpool. Die Möglichkeit der kostenlosen Inanspruchnahme eines neutralen Übersetzers durch die Vermittlung des KI's sei eine große Entlastung für seine Arbeit mit Menschen mit Fremdsprachhindernissen.

Sprachkurse

Frau Klausdeinken erklärt, dass in der Anfangszeit der Initiative viele Deutschkurse direkt von der ÖFID angeboten worden seien. Mit Zunahme der „offiziellen“ Kursangebote (z.B. durch das BAMF) habe man sich mehr auf Nachhilfeangebote in den einzelnen Kursen konzentriert.

Ktabg. Wobbe erwähnt, dass die Stadt Dülmen eigene Sprachkurse für Personen anbiete, die nicht an den offiziellen Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) teilnehmen dürften oder könnten.

Frau Dr. Schilken erläutert dazu, dass die Stadt Dülmen 2015 die Entscheidung getroffen habe, dass jede Person, unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus, eine grundlegende Sprachförderung erhalten müsse. Aus diesem Grund seien kommunale Sprachkurse in Kooperation mit der VHS eingerichtet worden.

Herr Dreier schildert den Ausschussmitgliedern die Planung des KIs, ab dem Jahr 2019 flächendeckend in allen Städten und Gemeinden solche Basissprachkurse anzubieten bzw. finanziell zu fördern, sofern die jeweiligen Städte und Gemeinden dies wünschen. Er verweist dazu auch auf die nachfolgenden Haushaltsberatungen in dieser Sitzung des Ausschusses.

Ktabg. Lütkecosmann betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig sei, dass diese Sprachkurse in sämtlichen Gemeinden zum Tragen kommen, um allen Personen, unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus, die gleichen Chancen auf den Erwerb der deutschen Sprache einzuräumen.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum bedankt sich zum Abschluss der Austauschrunde bei den Vertretern der ÖFID für die Vorstellung und sichert noch einmal ausdrücklich die Unterstützung des Integrationsausschusses bei der Bewältigung der angesprochenen Problemlagen zu. Frau Dr. Schilken, Frau Klausdeinken und die anderen ÖFID Mitglieder könnten sich dazu jederzeit an die Ausschussmitglieder und an das KI wenden.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-9-1226

Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation zum Asyl,- Flüchtlings- und Integrationsgeschehen im Kreis Coesfeld und personelle Situation des Kommunalen Integrationszentrums

Ausschussvorsitzender Kleerbaum bedankt sich für den umfänglichen und aufschlussreichen Bericht zur Tätigkeit der Verwaltung. Er bittet die Ausschussmitglieder, eventuell bestehende Fragen an die Vertreter der Verwaltung zu richten.

Ktabg. Wobbe weist auf das in der Sitzungsvorlage genannte Problem hin, dass es an verschiedenen Orten (Flüchtlings-)Initiativen gebe, die sich gegenseitig und andere Akteure als Konkurrenten sähen und somit eine Zusammenarbeit verweigerten. Dies sei ein großes Problem, welches unbedingt angegangen werden müsse.

Herr Dreier antwortet, dass aktuell zwei Mitarbeiter des KI an einer Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement teilnehmen würden. Im Nachgang zu dieser Weiterbildung solle ein Konfliktmanagement möglichst in jeder Stadt und Gemeinde im Kreis aufgebaut werden, um solche Probleme anzugehen. Es sei eine Zunahme an Konflikten in Zukunft zu erwarten. Dies ergebe sich auch daraus, dass geflüchtete Menschen mehr Mitspracherecht einforderten, je länger sie in Deutschland sind und je besser sie sich integriert hätten. Konflikte seien in diesem Fall auch nicht etwas grundlegend schlechtes, sondern ein erforderlicher Prozess, aus dem neue Ideen und Strukturen entstehen könnten.

Ktabg. Zanirato spricht Herrn Dreier auf die (anstehenden) Personalwechsel im KI an. Ein stetiger Wechsel der Ansprechpartner stelle in der praktischen Arbeit eine große Schwierigkeit dar.

Herr Dreier stimmt Herrn Zanirato zu, weist darauf hin, dass über die Hälfte der vom Land oder Bund geförderten Stellen im KI zeitlich befristete seien. Für Mitarbeiter auf diesen Stellen seien unbefristete Arbeitsverhältnisse attraktiver, weshalb ein höheres Risiko bestehe, dass diese das KI wieder verließen. Außerdem würden die Lehrkräfte im KI grundsätzlich nur für ein Jahr abgeordnet. Die Abordnung müsse immer wieder neu beantragt werden.

Herr Bleiker stellt kurz die aktuellen Zahlen und Entwicklungen des Jobcenters vor. Sämtliche Statistiken sind auch der Anlage zur Niederschrift zu entnehmen. Herr Bleiker berichtet, dass von den ca. 2.500 Personen mit Fluchthintergrund im SGB II über 1.000 Personen im abgelauenen Jahreszeitraum unterschiedliche Beschäftigungen (sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit, geringfügige Erwerbstätigkeit, Praktikum, berufliche Ausbildung usw.) wahrgenommen hätten. Außerdem seien 124 Personen im laufenden Jahr aus dem Leistungsbezug ausgeschieden.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-9-1227

Entwurf Haushalt 2019 - 04.00.02

Ausschussvorsitzender Kleebaum bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen der einzelnen Haushaltsansätze in der Sitzungsvorlage. So hätten sich die Ausschussmitglieder bereits im Vorfeld ein Gesamtbild der im KI für 2019 geplanten Maßnahmen machen können. Er bittet Herrn Dreier um eine kurze Stellungnahme zu den wichtigsten Eckpunkten des Haushaltsplanes 2019.

Herr Dreier weist auf die Verbesserung auf der Ertragsseite in Höhe von 75.000 € hin, die sich durch die kurzfristige Beantragung der Verlängerung des Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ ergibt. Er bittet die Ausschussmitglieder darum, dieses in die Änderungsliste für den Haushalt 2019 aufnehmen zu lassen.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Aufnahme der Ertragserhöhung in die Änderungsliste einverstanden.

Außerdem bittet Herr Dreier die Ausschussmitglieder darum, dem KI bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel wie bereits im Vorjahr eine gewisse Flexibilität zu gewähren, um ggf. kurzfristig auf sich zuvor nicht absehbare Bedarfe reagieren zu können. Dieses geschehe selbstverständlich im Rahmen des Gesamtansatzes. Außerdem würde selbstverständlich regelmäßig im Integrationsausschuss über die aktuellen Entwicklungen berichtet. Die Ausweitung des Sprachmittlerpools, das Vorschulprojekt „Mimi und Drako“ und die Zusammenarbeit mit der WWU Münster zur Schulung und zum Einsatz der Lehramtsstudenten seien gelungene Beispiele aus dem laufenden Jahr für eine Umverteilung von Mitteln.

Die Ausschussmitglieder äußern auch hierzu ihre Zustimmung.

Ktabg. Lütkecosmann weist auf das Problem hin, dass Schülerinnen und Schüler in FFM-Klassen keine Schulfahrkarte erhielten.

Herr Dreier sichert eine Erstattung der Reisekosten in solchen Einzelfällen über das KI zu. Betroffene Personen sollten sich mit dem KI in Verbindung setzen.

In der Folge stimmen die Ausschussmitglieder über den Haushaltsentwurf ab.

Beschluss:

Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2019 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teil-
ergebnisplänen und Teilfinanzplänen mit den jeweiligen Finanzmittelüberschüssen bzw.
-fehlbeträgen der Produktgruppen

im Budget 04

Produktgruppe

00.02 Kommunales Integrationszentrum

einschließlich der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden
unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-9-1228

Beschluss Richtlinien Sprachmittlerpool

Herr Dreier stellt die Richtlinien zum Sprachmittlerpool vor. Er weist ausdrücklich auf den Finanzierungsvorbehalt hin, der besagt, dass Mittel des Kreises für diesen Zweck nur dann eingesetzt werden, wenn ausreichend Förder- und Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Die Entscheidung über den Einsatz eines professionellen Dolmetschers liege hierbei immer beim KI. Außerdem werden keine Dolmetschereinsätze bei Rechtsanwälten finanziert.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Kleerbaum über die vorliegenden Richtlinien abstimmen.

Beschluss:

Der Integrationsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die Richtlinien zu Übersetzungs- und Sprachmittlerhilfen durch das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Coesfeld, sog. „Sprachmittlerpool“ werden wie in der Anlage vorgelegt beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Kleerbaum
Ausschussvorsitzender

Schröer
Schriftführer